

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

Nr. 36.

(Nr. 7711.) Allerhöchster Erlaß vom 27. Juni 1870., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung mehrerer Chaussees etc. im Kreise Westhavelland, Regierungsbezirk Potsdam.

Nachdem Ich durch Meinen Erlaß vom heutigen Tage den Bau nachstehender Chaussees im Kreise Westhavelland des Regierungsbezirks Potsdam: 1) von dem Friesacker Bahnhofe nach der Kreisgrenze bei Vorwerk Damm in der Richtung auf Neu-Ruppin; 2) von Rathenow nach Friesack und zwar von der Rathenow-Brandenburger Chaussee bei dem Chausseehause in der Rathenower Stadtforst ab, über Stechow, Landin nach Briesen zum Anschluß an die Berlin-Hamburger Chaussee; 3) von Rathenow über Hohennauen nach der Kreisgrenze bei Neu-Garz in der Richtung auf Neustadt a. d. D.; 4) von Paulinenaue über Rehow, Möthlow, Buschow, Barnewitz, Rief nach Marzahn zum Anschluß an die Rathenow-Brandenburger Chaussee; 5) von Brandenburg über Klein-Kreuz, Weseram, Pāwesin nach dem zwischen Groß-Behnitz und Schwanebeck an der Berlin-Lehrter Eisenbahn anzulegenden Bahnhofe und von da weiter bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Nauen; endlich 6) den Bau eines Dammes nebst Brücken zwischen Bagow und Pāwesin und 7) die Herstellung eines fahrbaren Weges durch den Pritzerber See durch Schüttung eines Dammes und Erbauung einer Brücke, genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem Kreise Westhavelland das Expropriationsrecht für die zu diesen Chaussees erforderlichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maafgabe der für die Staats-Chaussees bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straßen. Zugleich will Ich dem genannten Kreise gegen Uebernahme der künftigen chausseemäßigen Unterhaltung der Straßen das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chaussees jedesmal geltenden Chausseegeld-Tarifs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chaussees von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Vergehen auf die gedachten Straßen zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Bad Ems, den 27. Juni 1870.

Wilhelm.

Gr. v. Ikenplik. Camphausen.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und den Finanzminister.

(Nr. 7712.) Allerhöchster Erlaß vom 5. Juli 1870., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausseen des Landkreises Königsberg: 1) von Powunden über Carmitten, Bollgehnien bis zur Königsberg-Cranzer Staatsstraße bei Ranten, 2) von Visca-Schaaken nach Schaaken zum Anschluß an die von Schmeckenkrug nach Schaaken und Schaaksvitten führende Kreisstraße.

Nachdem Ich durch Meinen Erlaß vom heutigen Tage den chausseemäßigen Ausbau der Straßen im Landkreise Königsberg, Regierungsbezirk Königsberg: 1) von Powunden über Carmitten, Bollgehnien bis zur Königsberg-Cranzer Staatsstraße bei Ranten, 2) von Visca-Schaaken nach Schaaken zum Anschluß an die von Schmeckenkrug nach Schaaken und Schaaksvitten führende Kreisstraße, genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem Landkreise Königsberg das Expropriationsrecht für die zu diesen Chausseen erforderlichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausseebau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maaßgabe der für die Staats-Chausseen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straßen. Zugleich will Ich dem genannten Kreise gegen Uebernahme der künftigen chausseemäßigen Unterhaltung der Straßen das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausseen jedesmal geltenden Chausseegeld-Tarifs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausseen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizei-Vergehen auf die gedachten Straßen zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Bad Ems, den 5. Juli 1870.

Wilhelm.

Gr. v. Ikenplik. Camphausen.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und den Finanzminister.

(Nr. 7713.)

(Nr. 7713.) Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Königsberger Landkreises im Betrage von 38,000 Thalern, III. Emission.
Vom 5. Juli 1870.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.

Nachdem von den Kreisständen des Königsberger Landkreises, im gleichnamigen Regierungsbezirke, auf dem Kreistage vom 19. Februar 1868. beschlossen worden, die zur Ausführung der vom Kreise unternommenen Chausseebauten außer den durch die Privilegien vom 31. Mai 1865. und 27. Januar 1868. genehmigten Anleihen von resp. 100,000 Thalern und 117,000 Thalern erforderlichen Geldmittel im Wege einer ferneren Anleihe zu beschaffen, wollen Wir auf den Antrag der gedachten Kreisstände: zu diesem Zwecke auf jeden Inhaber lautende, mit Zinskupons versehene, Seitens der Gläubiger unkündbare Obligationen zu dem angenommenen Betrage von 38,000 Thalern ausstellen zu dürfen, da sich hiergegen weder im Interesse der Gläubiger noch der Schuldner etwas zu erinnern gefunden hat, in Gemäßheit des §. 2. des Gesetzes vom 17. Juni 1833. zur Ausstellung von Obligationen zum Betrage von 38,000 Thalern, in Buchstaben: achtunddreißig Tausend Thalern, welche in folgenden Apoints:

8,000	Thaler	à	1000	Thaler	=	8	Stück,
10,000	"	à	500	"	=	20	"
10,000	"	à	200	"	=	50	"
10,000	"	à	100	"	=	100	"

= 38,000 Thaler,

nach dem anliegenden Schema auszufertigen, mit Hülfe einer Kreissteuer mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen und nach der durch das Loos zu bestimmenden Folgeordnung jährlich vom Jahre 1871. ab mit jährlich wenigstens 2500 Thalern zu amortisiren sind, durch gegenwärtiges Privilegium Unsere landesherrliche Genehmigung mit der rechtlichen Wirkung ertheilen, daß ein jeder Inhaber dieser Obligationen die daraus hervorgehenden Rechte, ohne die Uebertragung des Eigenthums nachweisen zu dürfen, geltend zu machen befugt ist.

Das vorstehende Privilegium, welches Wir vorbehaltlich der Rechte Dritter ertheilen und wodurch für die Befriedigung der Inhaber der Obligationen eine Gewährleistung Seitens des Staats nicht übernommen wird, ist durch die Gesetz-Sammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insignel.

Gegeben Bad Ems, den 5. Juli 1870.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Ikenpliz. Gr. zu Eulenburg. Camphausen.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Königsberg.

O b l i g a t i o n

des

Königsberger Landkreises

III. Emission

Litr. №

über

..... Thaler Preussisch Kurant.

Auf Grund des unterm genehmigten Kreistagsbeschlusses vom 19. Februar 1868. wegen Aufnahme einer fernerer Schuld von 38,000 Thalern bekennt sich die ständische Kommission für den Bau der Chausseen im Königsberger Landkreise Namens des Kreises durch diese, für jeden Inhaber gültige, Seitens des Gläubigers unkündbare Verschreibung zu einer Darlehnschuld von Thalern Preussisch Kurant, welche an den Kreis baar gezahlt worden und mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen ist.

Die Rückzahlung der ganzen Schuld von 38,000 Thalern geschieht vom Jahre 1871. ab allmählig innerhalb eines Zeitraums von fünfzehn Jahren mit jährlich wenigstens 2500 Thalern, welche vom Kreise aufgebracht werden.

Die Folgeordnung der Einlösung der Schuldverschreibungen wird durch das Loos bestimmt. Die Ausloosung erfolgt vom Jahre 1871. ab in dem Monate Januar jeden Jahres. Der Kreis behält sich jedoch das Recht vor, den Tilgungsfonds durch größere Ausloosungen zu verstärken, sowie sämtliche noch umlaufende Schuldverschreibungen zu kündigen. Die ausgelooften, sowie die gekündigten Schuldverschreibungen werden unter Bezeichnung ihrer Buchstaben, Nummern und Beträge, sowie des Termins, an welchem die Rückzahlung erfolgen soll, öffentlich bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung erfolgt sechs, drei, zwei und Einen Monat vor dem Zahlungstermine in den vier Amtsblättern der Königlichen Regierungen der Provinz Preußen, in der zu Königsberg erscheinenden Ostpreussischen und Hartungischen Zeitung, im Kreisblatte des Königsberger Landkreises, sowie im Staatsanzeiger.

Bis zu dem Tage, wo solchergestalt das Kapital zu entrichten ist, wird es in halbjährlichen Terminen, am 2. Januar und am 1. Juli, von heute an gerechnet, mit fünf Prozent jährlich in gleicher Münzsorte mit jenem verzinst.

Die Auszahlung der Zinsen und des Kapitals erfolgt gegen bloße Rückgabe der ausgegebenen Zinskupons, beziehungsweise dieser Schuldverschreibung, bei der Kreis-Kommunalkasse in Königsberg, und zwar auch in der nach dem Eintritt des Fälligkeitstermins folgenden Zeit.

Mit

Mit der zur Empfangnahme des Kapitals präsentirten Schuldverschreibung sind auch die dazu gehörigen Zinskupons der späteren Fälligkeitstermine zurückzuliefern. Für die fehlenden Zinskupons wird der Betrag vom Kapitale abgezogen.

Die gekündigten Kapitalbeträge, welche innerhalb dreißig Jahren nach dem Rückzahlungstermine nicht erhoben werden, sowie die innerhalb vier Jahren, vom Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit an gerechnet, nicht erhobenen Zinsen, verjähren zu Gunsten des Kreises.

Das Aufgebot und die Amortisation verlorener oder vernichteter Schuldverschreibungen erfolgt nach Vorschrift der Allgemeinen Gerichtsordnung Theil I. Titel 51. §§. 120. sequ. bei dem Königlichen Kreisgerichte zu Königsberg.

Zinskupons können weder aufgeboten, noch amortisirt werden. Doch soll demjenigen, welcher den Verlust von Zinskupons vor Ablauf der vierjährigen Verjährungsfrist bei der Kreisverwaltung anmeldet und den stattgehabten Besitz der Zinskupons durch Vorzeigung der Schuldverschreibung oder sonst in glaubhafter Weise darthut, nach Ablauf der Verjährungsfrist der Betrag der angemeldeten und bis dahin nicht vorgekommenen Zinskupons gegen Quittung ausbezahlt werden.

Mit dieser Schuldverschreibung sind halbjährige Zinskupons bis zum Schlusse des Jahres ausgegeben. Für die weitere Zeit werden Zinskupons auf fünfjährige Perioden ausgegeben.

Die Ausgabe einer neuen Zinskupons-Serie erfolgt bei der Kreis-Kommunikalkasse zu Königsberg gegen Ablieferung des der älteren Zinskupons-Serie beigebrachten Talons. Beim Verluste des Talons erfolgt die Aushändigung der neuen Zinskupons-Serie an den Inhaber der Schuldverschreibung, sofern deren Vorzeigung rechtzeitig geschehen ist.

Zur Sicherheit der hierdurch eingegangenen Verpflichtungen haftet der Kreis mit seinem Vermögen.

Dessen zu Urkund haben wir diese Ausfertigung unter unserer Unterschrift ertheilt.

Königsberg i. Pr., den ..^{ten} 18..

Die ständische Kommission für den Bau der Chaussees
im Königsberger Landkreise.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Königsberg.

Zinskupon

zu der

Kreis-Obligation des Königsberger Landkreises

III. Emission

Litr. N^o

über Thaler zu fünf Prozent Zinsen

über

Thaler Silbergroschen.

Der Inhaber dieses Zinskupons empfängt gegen dessen Rückgabe in der Zeit vom ..^{ten} bis, resp. vom ..^{ten} bis und späterhin die Zinsen der vorbenannten Kreis-Obligation für das Halbjahr vom bis mit (in Buchstaben) Thalern Silbergroschen bei der Kreis-Kommunalkasse zu Königsberg.

Königsberg i. Pr., den ..^{ten} 18..

Die ständische Kommission für den Bau der Chaussees
im Königsberger Landkreise.

Dieser Zinskupon ist ungültig, wenn dessen Geldbetrag nicht innerhalb vier Jahren nach der Fälligkeit, vom Schluß des betreffenden Kalenderjahres an gerechnet, erhoben wird.

Provinz Preußen, Regierungsbezirk Königsberg.

Talon

zur

Kreis-Obligation des Königsberger Landkreises

III. Emission.

Der Inhaber dieses Talons empfängt gegen dessen Rückgabe zu der Obligation des Königsberger Landkreises

Litr. N^o über Thaler à fünf Prozent Zinsen

die ..^{te} Serie Zinskupons für die fünf Jahre 18.. bis 18.. bei der Kreis-Kommunalkasse zu Königsberg.

Königsberg i. Pr., den ..^{ten} 18..

Die ständische Kommission für den Bau der Chaussees
im Königsberger Landkreise.

(Nr. 7714.) Allerhöchster Erlaß vom 6. Juli 1870., betreffend die Verleihung des Rechts zur Erhebung eines halbmeiligen Wegegeldes Seitens des Bredstedter Marschwegedistrikts im Kreise Husum, Regierungsbezirk Schleswig.

Auf Ihren Bericht vom 28. Juni d. J. verleihe Ich hierdurch dem Bredstedter Marschwegedistrikt, im Kreise Husum, Regierungsbezirk Schleswig, für den von demselben als Klinker-Chaussée ausgebauten Nebenweg I. Klasse von Langerhorn bis kurz vor der Grenze des Kreises Londern bei Mönksbrück, gegen Uebnahme der künftigen ordnungsmäßigen Unterhaltung desselben als Klinkerstraße, unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs, das Recht zur Erhebung eines halbmeiligen Wegegeldes nach den Säzen und Bestimmungen des für die Herzogthümer Schleswig und Holstein jedesmal geltenden Chausséegehd-Tarifs, einschließlich der dort bestehenden Bestimmungen über die Befreiungen von der Wegegehdzahlung, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chaussées von Ihnen angewandt werden.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Bad Ems, den 6. Juli 1870.

Wilhelm.

Gr. v. Ikenpliz. Camphausen.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und den Finanzminister.

(Nr. 7715.) Allerhöchster Erlaß vom 30. Juli 1870., betreffend die Genehmigung zu der von dem Rittergutsbesitzer Dr. Stroußberg zu Berlin beabsichtigten Anlage einer für den Lokomotivbetrieb einzurichtenden Eisenbahn von dem „Berliner Viehmarkt“ nach dem Bahnhofs Gesundbrunnen der neuen Berliner Bahnhofs-Verbindungsbahn.

Ich will nach Ihrem Antrage vom 25. Juli d. J. zu der von dem Rittergutsbesitzer Dr. Stroußberg zu Berlin beabsichtigten Anlage einer für den Lokomotivbetrieb einzurichtenden Eisenbahn von dem „Berliner Viehmarkt“ nach dem Bahnhofs Gesundbrunnen der neuen Berliner Bahnhofs-Verbindungsbahn hierdurch Meine Genehmigung unter der Bedingung ertheilen, daß anderen Unternehmern sowohl der Anschluß an die projektirte Bahn mittelst Zweigbahnen, als auch die Benutzung der ersteren gegen zu vereinbarende event. von Ihnen festzusetzende Fracht- oder Bahngeldsätze vorbehalten bleibt, und daß ferner auf Ihr

(Nr. 7714—7715.)

Ver.

Verlangen die Leitung des Betriebes an die Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn gegen Erstattung der Selbstkosten zu übertragen ist. Zugleich bestimme Ich, unter Rückgabe des Situationsplanes, daß die in dem Gesetze über die Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. November 1838. ergangenen allgemeinen Vorschriften, insbesondere diejenigen über die Expropriation und über das Recht zur vorübergehenden Benutzung fremder Grundstücke, auf das Unternehmen Anwendung finden sollen.

Dieser Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen.

Berlin, den 30. Juli 1870.

Wilhelm.

Gr. v. Ikenplik.

An den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Rebigirt im Bureau des Staats-Ministeriums.

Berlin, gedruckt in der Königl. Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei
(R. v. Deker).